

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bolme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld, usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver i. Westf. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse Anzeiger Halver.

Nr. 85 Er erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich am Posthalter abgeholt 3,— M., durch die Boten 3,30, durch den Briefträger frei ins Haus gebracht 3,42 Mark. **Halver** Anzeigen: Für die einseitige Beilage oder deren Raum 20 Bsp., Restamende 60 Bsp. — Jede Abnahme wird häufig bei zwangsweltlicher Beilegung der Gebühren. **Donnerstag, den 10. April 1919.** **19. Jahrgang**

Faustrecht.

Die Revolution weiß uns jeden Tag noch neue Gerichte vorzuführen. Zwar haben wir noch nicht vergessen, wie plötzlich eines schönen Wintertages so ziemlich das ganze Reichsministerium in den Räumen des Kanzlergebäudes „verhaftet“ oder wenigstens seiner Bewegungsfreiheit für einige Stunden beraubt wurde; aber das war damals ein Irrtum, ein Versehen, ein Mißverständnis, das bald aufgefäht wurde und in den außergewöhnlichen Zuständen des Augenblicks seine Entschuldigung fand. Jetzt aber wird in Magdeburg der Reichsjustizminister in höchst eigener Person zusammen mit dem kommandierenden General des 4. Armeekorps und mehreren Begleitoffizieren von Wachsoldaten der dortigen Garnison festgenommen — um als Geisel zu dienen für die Freilassung einiger Arbeiterführer, die auf richterlichen Befehl wegen Beteiligung an der gerade noch rechtzeitig aufgedeckten Militärrevolte verhaftet worden waren. Herr Landsberg ist zwar nach kurzer Zeit wieder freigegeben worden, während General v. Kleist in das „Hauptquartier“ der Unabhängigen verschleppt wurde; das ändert aber nicht das geringste an der Bedeutung des Vorganges.

Das Faustrecht lebt wieder auf, wir sind drauf und dran, in die rechtlosen Zustände des Mittelalters zurückzuversinken. Wie damals das ohnmächtige Reich nicht nur, sondern jede Obrigkeit, welcher Art sie immer war, mit den Waffen brutaler Gewalt sich durchsetzen mußte, wenn überhaupt noch ein solcher Wille zur Selbstbehauptung vorhanden war, so glaubt heute bald jede kleine Lokalgewalt auf Recht und Gesetz pochen zu können, wenn die Dinge nicht so laufen wollen, wie es ihr in den Kram paßt. Ob die Reichsregierung durch das Gewicht der Nationalversammlung, also der höchsten Vertretung des deutschen Volkswillens, gestützt wird oder nicht, ob ihr Ansehen im Ausland bei den jetzt bevorstehenden Friedensverhandlungen Schaden leidet oder nicht, das sind Erwägungen, für die Leute vom Schlage der Magdeburger Parteigrößen keine Spur von Verständnis zeigen. Wenn einer der Jünger unter schweren Verdachtsgründen in allen Formen des Rechts in Haft genommen wird, so denken sie nicht daran, etwa die Entscheidung des zuständigen Richters, wie es sich für jeden verständigen Staatsbürger gehört, abzuwarten; sie veranstalten vor allem einen regelrechten Generalsirei mit der Forderung sofortiger Entlassung des Verhafteten und greifen sich zur Sicherkeit dann noch diesen oder jenen Diener der Staatsgewalt, wobei ihnen der Zufall diesmal in Magdeburg noch besonders hochstehende Persönlichkeiten in die Hände spielte. Spartakus war ja schon seit langem mit gutem Beispiel vorangegangen; wir sollen eben immer wieder mit der Nase darauf gestoßen werden, daß in Deutschland Krieg geführt wird, Krieg von Volksgenossen gegen Volksgenossen, von Klassen gegen Klassen, und daß wir es mit ganz unerbittlichen Gegnern zu tun haben, die jede kriegerische Maßnahme für erlaubt halten, von der sie sich einen Vorteil für ihre Sache versprechen dürfen. Die Regierung hat mit der Verhängung des Belagerungszustandes über Magdeburg geantwortet, den Schuldigen schwere Strafe angedroht und Truppen gegen die Aufständischen in Marsch gesetzt — aber schon das gegen Demokraten nur Soldaten helfen, war ein vorläufiger Glaubenssatz, über den bereits unsere Eltern sich weidlich lustig zu machen pflegten. Nun erst gegen Unabhängige und Kommunisten: mit Wut und Eifer sind diese Fanatiker ganz gewiß nicht zur Nation zu bringen. Wir stehen nun einmal vor der Tatsache, daß die Gewalt nicht wieder zur Ruhe zu bringen ist. Selbst ein Kasse muß an dieser Aufgabe zerschellen.

Das Tragische ist, daß gerade die sozialdemokratischen Mitglieder unserer Regierung diesen Zusammenhang der Dinge am klarsten erkennen, und daß sie doch gegen ihn ankämpfen müssen, wenn sie nicht lang- und langsam vom Schauplatz abtreten wollen. In Bayern sehen sich die Mehrheitssozialisten gegen das Faustrecht ihrer überparteilichen Genossen zur Wehr. Die Regierung leidet die bayerische Rätepublik entschieden ab. In Berlin stehen wir unmittelbar vor neuen Auseinandersetzungen unter den Arbeiterparteien. Der Aufstand von Magdeburg läßt von den kommenden Ereignissen nichts Gutes erwarten.

Landsbergers und General v. Kleists Befreiung.

Reichswehrminister Kossel sandte an den USR in Magdeburg ein Telegramm, in dem er mit den schärfsten Mahregeln drohte, falls die Freilassung der Gefangenen nicht erfolge.

Darauf wurde der kommandierende General in Magdeburg v. Kleist Montag nachmittag wieder freigelassen. Minister Landsberg, den man im Auto nach Braunschweig verschleppt wollte, wurde unterwegs durch die Polizei in Helmstedt befreit, kehrte im Extrazug nach Magdeburg zurück, wo ihn eine Gruppe regierungstreuer Unteroffiziere beschützte. Der Minister reiste dann nach Berlin ab.

Dienstag fanden in Magdeburg eine Anzahl sehr bewegter Versammlungen statt. An verschiedenen Stellen der Stadt sind Straßenbahnwagen angehalten worden. Die Erregung in der Stadt ist stark. Regierungstruppen sind in der Stadt angelangt.

Plünderungen und Belagerungszustand.

Der stellvertretende Polizeipräsident Vater, einer der Führer der Magdeburger Unabhängigen, ist unter dem dringenden Verdacht, an den gegenrevolutionären Vorgängen beteiligt zu sein, vom Amt entfernt worden. In der Nacht auf Dienstag überfiel ein bewaffneter Haufe die Getreidepeicher am Hafen und plünderte sie teilweise aus. Es fanden Hundertlange Schießereien statt, ein Angriff auf den Justizpalast wurde abgelehnt, die Zahl der Opfer ist unbekannt. Der Wert der aus den städtischen Speichern geraubten Waren beläuft sich auf 700.000 Mark. Die Bevölkerung kann infolge des Raubes nicht versorgt werden. Auch die Schuppen des amerikanischen Roten Kreuzes mit Lebensmitteln für die Gefangenen wurden

ausgeraubt. Infolgedessen wurde der Belagerungszustand verhängt. Der überwiegende Teil der Truppen ist regierungstreuen, eine Geheimabstimmung in den größeren Betrieben ergab, daß dreiviertel der Arbeiter gegen den Streik sind.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Protest gegen eine Abschnürung Ostpreußens. Der Ostpreussische Städtetag hat bei der deutschen Reichsregierung, der Nationalversammlung und der Waffenstillstandskommission in Spaas namens der in ihm zusammengeschlossenen 67 Städte Ostpreußens gegen eine räumliche Abtrennung der Provinz vom Deutschen Reich durch einen polnischen Reichsteil und gegen die Auflösung und Einverleibung einzelner Teile der Provinz in einen polnischen oder litauischen Staat entschiedenen Widerstand erhoben.

+ Der zukünftige Reichstag. Der Verfassungsausschuß beschloß nach längeren Beratungen in bezug auf die Gestaltung der zukünftigen Volksvertretung: „Der Reichspräsident kann den Reichstag auflösen, jedoch nur einmal aus dem gleichen Anlaß. Die Neuwahl findet spätestens am 60. Tage, der Zusammentritt spätestens am 82. Tage nach dem Tage der Auflösung statt.“ Das Wort „Reichstagspräsident“ wird durch „Obmann“ ersetzt. „Der Reichstag verhandelt öffentlich. Auf Antrag von 50 Mitgliedern kann mit Zweidrittelmehrheit der Ausschluß der Öffentlichkeit beschlossen werden.“ Für Wahlprüfungen wird ein besonderes Wahlprüfungsgericht eingesetzt.

+ Bewährungsabzeichen für den Grenzschutz Ost. Für die Truppen des Grenzschutzes Ost ist neuerdings ein „Bewährungsabzeichen“ geschaffen worden, das nur den in vorberührender Linie kämpfenden Truppen verliehen werden soll. Das Abzeichen, das die früheren Kriegsauszeichnungen wohl ersetzen soll, wird auf der linken Brustseite wie das Eisene Kreuz erster Klasse getragen.

Frankreich.
+ Spaltung in der französischen Sozialdemokratie. Die sogenannte „Gruppe der Vierzig“, die bisher nahezu nationalistische Politik getrieben hat, ist in der Auflösung begriffen. Siebenundzwanzig dieser vierzig Abgeordneten, darunter die namhaften Führer der Partei, sind nach links abgewandert und haben ihrer veränderten Haltung dadurch Ausdruck gegeben, daß sie die Kredite für militärische Unternehmungen gegen Rußland und Ungarn verweigert haben.

Amerika.
+ Deutsche Karbstoffe verlangt. Amerikanische Karbstoff-Fabrikanten haben eine gemeinschaftliche Adresse an ihre Regierung gerichtet, worin sie die Aufhebung des Verbots der Einfuhr deutscher Karbstoffe nach Amerika verlangen. Verhandlungen in dieser Richtung sollen bereits in Berlin angeknüpft sein.

Amsterdam. Hier wird, erneut behauptet, daß man die baldige Rückkehr Wilsons nach Amerika erwartet. Das Marinedepartement habe ein Telegramm aus Paris erhalten, in dem auf die baldige Entsendung des Dampfers „George Washington“ nach West gebredungen werde.

Berlin, 8. April. Das Kabinett hat beschlossen, der Nationalversammlung einen Gesandtschaftsbericht vorzulegen, wonach der 1. Mai zum Nationalfeiertag erklärt werden soll.

Zweiter Deutscher Rätekongreß.

Im Sitzungssaal des früheren preussischen Herrenhauses wurde heute früh der zweite Kongreß der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Deutschlands eröffnet. Alle Eingänge des Gebäudes waren stark durch Regierungstruppen besetzt. Gegen 9 Uhr erschien am Eingang ein Trupp Soldaten ohne Abzeichen, mit Gewehren über der Schulter, die angeblich den Auftrag hatten, die Wachen abzulösen. Da diesen aber nichts davon bekannt war, so wurden sie abgeworfen und mußten wieder abziehen; sonst ging die Eröffnung ruhig vor sich.

Als Regierungsvertreter sind im Saal bei Beginn der Sitzung anwesend: Kultusminister Sänisch und von der Bürttembergischen Regierung Kultusminister Seymann. Erwartet werden noch die Reichsminister Robert Schmidt und Wiffell. Die einzige Frau im Saal ist die als Gast anwesende Frau Simon-Westpreußen, Mitglied der Nationalversammlung. Von den 302 Räten, die am Kongreß teilnehmen sollen, sind viele noch nicht erschienen. Bayern ist fast gar nicht vertreten, dagegen sind eine Anzahl Deutsch-Ostreicher eingetroffen. Die bisherige Stärke der Fraktionen beträgt: 138 Mehrheitssozialisten, 55 Unabhängige, 21 Soldatenfraktion, 12 demokratische Partei, 1 deutsche Volkspartei, 1 deutschnationale Partei, 1 weißliche Volkspartei, 8 Bauernbund, 1 Kommunist, 1 Parteilofer.

Die Eröffnungssprache hält der Präsident der Preussischen Nationalversammlung Leinert. Schwere und ernste Arbeiten stünden bevor. Der erste Kongreß hat sich für die Nationalversammlung erklärt, wonach jeder Deutsche vollständig gleichberechtigt sein soll. Die Nationalversammlung in Weimar hat ein großes Werk geschaffen, um auf absehende hinaus dauernde Bestimmungen für die Gestaltung des Reiches zu beschließen. Wir wollen hoffen, daß die Erwartungen an die Nationalversammlung in Erfüllung gehen und daß Veruhigung geschaffen wird. Der Redner wandte sich weiter gegen die imperialistische Sabotage unserer ehemaligen Kriegsgegner, gegen alle Unterdrückungsgehalte, wir wollen keine Sklaven werden. Bei Verpredung der inneren Kämpfe werden zahlreiche Zwischenrufe laut. Die Achtung vor der Meinung anderer sei noch nicht Gemeingut des deutschen Volkes geworden. Möge der Kongreß zum Wohle des Volkes tagen.

Preussischer Kultusminister Sänisch begrüßt die österreichischen Gäste. Das Schlagwort „Nie Macht den Arbeiter- und Soldatenräten“ sei zwar falsch, aber die Regierung sei ebenso überzeugt, daß die Räte auf den ihrem Wesen entsprechenden Gebieten Wertvolles leisten können. Bei der Wahl des Bureaus wird Hauschild-Kassel (SPD) zum Vorsitzenden bestimmt, stellvertretende Vorsitzende

werden der Unabhängige Richard Müller und Schröder-München (Soldatenfraktion). Vor Eintritt in die Tagesordnung entspinnt sich eine längere Debatte über einen Antrag des Unabhängigen Bras.

nach Bayern und Ungarn
Begrüßungstelegramme an die Räteeregierungen zu senden, ebenso über einen Antrag, die Hafeneinfahrt Lebehours zu fordern.

In der Abstimmung wurde das Telegramm an die ungarische Republik zur Abstimmung angenommen. Dagegen wurde die Beschlußfassung über die Abstimmung des Telegrammes an Bayern verlagert. Der Antrag zur Befreiung Lebehours wurde mit 109 gegen 82 Stimmen angenommen, ebenso ein Antrag auf Unverletzbarkeit der Mitglieder des Rätekongresses. Nun geht man zur eigentlichen Tagesordnung über.

Der Bericht des Zentralrates
erstattet Leinert. Er greift die Unabhängigen wegen ihres Austritts aus der Regierung scharf an. Der Zentralrat stellte sich dagegen hinter die Regierung, der dafür angegriffen wurde wie keine Institution vorher. Die Unabhängigen wollten früher ebenso die Nationalversammlung wie die Mehrheitssozialisten, aber dann fanden sie es richtiger, keine Verantwortung zu tragen und wandten sich zum Räteforum.

Die Rede Leinerts über die Tätigkeit des Zentralrats wird von der Linken unausgesetzt unterbrochen. Leinert fährt aus, die Mehrheit des Volkes stehe hinter der Regierung, verteidigt die Tätigkeit der Freiwilligentruppen gegen die Angriffe der Unabhängigen und sagt: Nicht die Regierung hat den Kampf begonnen, sondern jene Leute, deren Absicht es war, die Unruhen zu benutzen, um plündern, rauben und morden zu können. (Großer Lärm.) Ich glaube, Sie täten besser, wenn Sie von jenem Gesindel endlich abrücken. (Großer Lärm.) Die Moral verbietet es, hier aufzutreten als Verteidiger von Plünderern, die Duzende von Tüden ausgeplündert haben und die nachher mit Maschinengewehren den Raub noch verteidigten. (Großer Lärm.) Ich will nur feststellen, daß die Hebe gegen die Regierung aus von manchem lichtscheuen Gesindel getrieben worden ist. Wie sollte denn die Regierung anders, als mit allen Vollmachten ausgerüstet, solcher Elemente Herr werden? Leinert rechnet mit den Verteidigern bolschewistischer Ideen weiter ab, kommt auf die wirtschaftliche Lage und verurteilt die jetzigen Streikgelder. Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Niemand soll sich über den Ernst der Lage täuschen, die Streikenden bedrohen die Existenz unseres Volkes.

Streikbewegung.

Seien einen geplanten Ausstand der Eisenbahner
erläßt die preussische Staatsregierung eine Erklärung, in der es heißt, daß der streikenden Beamten und der staatlichen Garantie ihrer besonderen Rechte ihre Gebundenheit an den Dienstvertrag, den sie einseitig nicht lösen können, entspricht. Auch das Koalitionsrecht rechtfertigt keinen Kontraktbruch. Jede nicht genehmigte Dienstverweigerung stelle sich daher als Dienstvergehen dar, das die gesetzlichen Folgen nach sich ziehe. Der schwerbedrängte Staat sei in seiner Fürsorge für die Beamten durch Milliardenforderungen bis zur äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit gegangen. Zahlreiche Volksgenossen sind schlechter gestellt als die Eisenbahner. Ein Streik ihrerseits müßte gerade jetzt als ein Verbrechen am gesamten Volke betrachtet werden. Die Regierung werde alle Mittel anwenden, um Dienstwillige vor dem Terror zu schützen.

Die Lage im Ruhrgebiet
bleibt nach gespannt. In der Zahl der Streikenden besteht nach der Meldung der Streikleitung und des Bergbauvereins ein Unterschied von 100.000 Mann. Der Bergbauverein teilt auf Anfrage hierzu mit, daß die von ihm festgestellten Zahlen unbedingt zuverlässig seien, zum großen Teil sei der Unterschied wohl dadurch zu erklären, daß die Streikleitung die auf den vom Streik betroffenen Bechen arbeitenden Leute als Streikende mitrechnet mit der Begründung, daß diesen Arbeitern die Erlaubnis zur Vornahme von Notstandsarbeiten erteilt worden sei.

Bei der Firma Krupp ist der größte Teil der Belegschaft arbeitswillig und auch zur Arbeit erschienen. Demgegenüber hat das revolutionäre Streikkomitee die Firma eruchtet, die Werkstätten für die Arbeitswilligen zu schließen, was die Firma ablehnte.

Bochum von Regierungstruppen besetzt.
In der Nacht auf Dienstag sind selbstausschüssig ausgerüstete Reiterungsgruppen in Bochum eingezogen. Bochum soll im ganzen 4000 Mann aufnehmen. Die Truppen werden zum Schutz der Arbeitswilligen auf die umliegenden Bechen verteilt werden. Vor allem sollen sie verhindern, daß die Gruben durch Einstellung der Notstandsarbeiten ruiniert werden.

Rückgang der Kohlenförderung.
Die Kohlenförderung ist unter dem Einfluß des Streiks auf den Bechen in der vergangenen Woche von rund 200.000 Tonnen täglich auf rund 44.000 Tonnen zurückgegangen. Die Wagenanforderung, die bei dem geringen Bedarf stets voll gedeckt werden konnte, hat einen weiteren Rückgang von 20.000 auf 6000 Wagen erfahren. Die Tonnagehöfen sind fast alle mit Leerraum vollgepackt, so daß sie grobenteils gesperrt werden müssen. Der geringe Umschlag von etwa 5000 Tonnen gegen 25.000 Tonnen täglich in der vorhergehenden Woche, der noch in den letzten Tagen erzielt wurde, stammt aus den Lagerbeständen. Frische Zufuhren sind nicht zu verzeichnen.

Frankösischer Ordnungshandhabung im Saarrevier
Der im Saarrevier kommandierende französische General Andlauer hat durch eine Proklamation verfügt, daß jedes Fernbleiben der Bergarbeiter von der Arbeit als feindlicher Akt betrachtet wird. Alle Belegschaften einschließlich Direktionspersonal werden zur Arbeit requiriert. Zuwiderhandelnde werden verhaftet, Aufwiegler werden vor das Kriegsgericht gestellt.

Die Bankbeamtenbewegung.
Die Beamten der Darmstädter Bank in Berlin sind

nach vergeblichen Bemühungen in den Streik einzutreten. Die Betriebsräte der übrigen Banken haben ihre Direktoren aufgefordert, sofort eine mündliche oder schriftliche Erklärung dahin abzugeben, daß dem gesamten Personal der Bank- oder Depositenkassen keinerlei Arbeit im Interesse der Darmstädter Bank zugewendet werden soll. Sofern die Direktoren eine solche Erklärung nicht abzugeben imstande oder gewillt sind, steht sich der Betriebsrat gezwungen, unverzüglich eine Betriebsversammlung einzuberufen, welche über die alsdann notwendig werdende Arbeitsniederlegung zu beschließen haben würde. Sympathieunterstützungen der Bankbeamten aus Stettin, Leipzig, Halle, Hamburg und München liegen bereits vor.

Gesamtstreik der Berliner Bankbeamten.

Dienstag nachmittag beschloß eine Versammlung aller Bankbeamten Berlins, Mittwoch in den Gesamtstreik einzutreten.

Verschiedene Meldungen:

Berlin, 8. April. Nirgendwo in Berlin sind bisher Arbeitseinstellungen aus politischen Gründen gemeldet. Auch in Spandau, wo nach Gerichten der Streik heute früh ausbrechen sollte, ist alles ruhig. Die Arbeit wird ungestört fortgesetzt.

Stuttgart, 8. April. Nach einer Bekanntmachung der Staatsregierung kann der Belagerungszustand noch nicht aufgehoben werden, da die Sozialisten die Arbeiterkraft in großen Betrieben an der Wiederaufnahme der Arbeit verhindert haben.

Hamborn, 8. April. Der Streik der Angestellten auf der Gewerkschaft Deutscher Kaiser wurde durch Entgegenkommen der Werkleitung beigelegt.

Frankreichs Gebietsansprüche.

Rotterdam, 8. April.

Der „Temps“ veröffentlicht folgende offiziöse Mitteilung: „Im Gegensatz zu gewissen Behauptungen, die aus der deutschen Presse von auswärtigen Blättern übernommen worden sind, glauben wir, daß die französische Regierung keinen einzigen offen erklärten oder verborgenen Anspruch auf irgendein Gebiet mit deutscher Bevölkerung macht. Vor allem bezieht sich dies auf die Strecken zwischen der Grenze von 1871 und der von 1914.“

Wenn sich die Meldung des „Temps“ auf ernsthafte Grundlagen stützt, wäre also den Gerüchten vom Verlangen Frankreichs nach dem linken Rhein- und dem Saargebiet der Boden entzogen.

Wieviel soll Deutschland zahlen?

Erste Rate: 25 Milliarden.

Die hinter verschlossenen Türen tagende Vorkriegs-Konferenz in Paris beschäftigte sich in den letzten Tagen mit den Entschädigungen, die Deutschland seinen Gegnern gewähren soll. Neutrale Blätter lassen sich aus Paris melden:

Die erste Abzahlung von der deutschen Entschädigung soll 25 Milliarden betragen, von denen fünf Milliarden für die Bezahlung der für die Wiederaufnahme des deutschen Wirtschaftslebens notwendigen Rohstoffe bestimmt sind. Aus der ersten Zahlung soll Frankreich 10 Milliarden, Belgien 5 Milliarden erhalten. Die Bezahlung der restlichen Entschädigungssumme soll dann auf etwa 35 Jahre verteilt werden, wobei die jährlichen Abzahlungen ein oder zwei Jahre im Voraus festgesetzt werden.

Die Höhe der Gesamtsumme, die Deutschland zahlen soll, ist noch nicht festgestellt. Wenn man bedenkt, daß die Mark jetzt 20 Centimes wert ist, so wird man zugeben, daß hier die hier angegebenen Beträge das Reich erdrücken würden.

Übertriebene Ansprüche.

Wie unsere Gegner bei Feststellung von Schäden, die wir wieder gut zu machen haben, verfahren, zeigte jüngst der Präsident der Reichsentschädigungskommission Dr. Aletmann in einem Vortrag, den er vor Pressevertretern hielt. Aus den vom Vortragenden angeführten Beispielen sei nur das nachstehende wiedergegeben: Der französische Minister Leboucq hat in einer Rede verlangt, daß Deutschland 350 000 Stück Rindvieh zurückliefern solle, während nach französischen statistischen Angaben diesseits der Stellung des Ausbruch des Krieges überhaupt nur höchstens 697 000 Stück gestanden haben können. Und daß nicht die gesamte Stückzahl infolge deutscher Maßnahmen verloren gegangen ist, versteht sich wohl von selbst. Ähnlich sehen die aus den Forderungen unserer Gegner aus.

Note Rosen.

Roman von H. Courths Mahler.

Nachdruck verboten.

Auch aus Rainers Augen hatte ihm kein helles, wolkenloses Glück entgegengeleuchtet. Das hatte Henning unterwegs gesehen. Und so sehr er sich darum bewußt war, kam es doch wie eine Erlösung über ihn, als er die Gewißheit hatte, daß Rainer und Josta nicht verstoßen glücklich waren miteinander.

„Guten Tag, Better Henning — ich bin nämlich auch da“, scherzte Gerlinde jetzt neben ihm. Er schrak zusammen und sagte nach ihrer Hand, die sie ihm lächelnd bot.

„Guten Tag, Gerlinde! Ich freue mich, dich wohl zu sehen.“

„Das beruht auf Gegenseitigkeit. Nun bedanke dich hübsch bei uns, daß wir dich festlich, wie zwei Ehrenjungfrauen, einholen. Josta hatte sogar den köstlichen Plan, auch noch weiter entgegen zu gehen. Aber ich habe hier am Parktor gestreift. Für den unergründlichen Waldboden ist meine Fußbekleidung nicht zweckmäßig genug.“

Henning war Gerlinde dankbar für den leichten, scherzhaften Ton, der seine Ergriffenheit geschickt bemantelte. Er brachte es fertig, ihr in gleichem Ton zu antworten. Sie wußte es dann so einzurichten, daß Henning und Josta vorausgingen, während Rainer an Rainers Seite folgte. Graf Henning war glücklich, daß er an Jostas Seite gehen durfte, daß er ihre Liebe, weiche Stimme hörte, die sich so herzlich nach seinem Ergehen erkundigte und daß er sie ansehen konnte nach Herzenslust. So still und ruhig war es in ihm. Nach all den Wochen sehnächtiger Qual war das wie eine Erlösung für ihn. Und weil er momentan wunschlos glücklich war, kam seine Frohnatur gleich wieder zum Vorschein. Er plauderte heiter und angeregt mit Josta und warf ab und zu auch ein Scherzwort zu dem beiden andern zurück.

Dabei merkte Henning mit heißer Freude, daß sich Jostas traurige Augen aufhellten und daß sie erst lächelte und dann herzlich in sein Lachen mit einmischte. Dies frohe herzliche Lachen klang auch zu Graf Rainer hinüber. Seine Augen blinzelten halb froh, halb wehmütig auf seine junge Frau. Die Gräfin sah ihn von der Seite forschend an. Und sie verstand so gut in seinen Augen zu lesen!

Amsterdam. Wie aus Paris gemeldet wird, hat Deutschland als Grund für die Unmöglichkeit, weitere Lebensmittelforderungen mit Geld zu bezahlen u. a. den Umstand angegeben, daß es keinen Ausfuhrhandel treiben kann. Um die deutschen Mitteilungen zu prüfen, haben die Alliierten eine Konferenz mit den wichtigsten neutralen Bankiers einberufen, die darüber Bericht erstatten soll, wieviel Deutschland den Neutralen bezahlen muß und warum die Banken sich weigern, länger Kredit zu gewähren.

An die bayerische Beamtenschaft.

Aufruf des Ministerpräsidenten Hoffmann.

Die „alte“ Regierung Bayerns, die gleich nach Ausrufung der Räterepublik München verlassen hatte, wendet sich mit einer Erklärung an die bayerische Beamtenschaft, aus der man authentisch erfährt, wo sie ihren Sitz aufgeschlagen hat. Die Erklärung lautet:

Die Nachricht, daß die sozialistische Regierung des Ministerpräsidenten Hoffmann zurückgetreten sei, ist un wahr. Der vom bayerischen Landtag einstimmig gewählte Ministerpräsident Hoffmann hat den Sitz der Regierung nach Bamberg verlegt. Diese Regierung ist die einzige Inhaberin der höchsten Gewalt Bayerns. Nur ihre Anordnungen und Befehle sind zu vollziehen. Alle von anderer Seite ergehenden Anweisungen sind ungültig.

Unterzeichnet ist diese Erklärung vom Ministerpräsidenten Hoffmann namens der „Regierung des Freistaates Bayern“.

Das vorläufige neue Kabinett.

Keine Mehrheitssozialisten, auch keine Kommunisten.

Die neue bayerische Regierung weist, mit Ausnahme eines einzigen Mitgliedes, das als „unparteiisch“ bezeichnet wird, nur Unabhängige auf. Die Kommunisten lehnen die Räteregierung ab, weil sie sich nicht direkt zum Kommunismus bekennen. Und die Münchener Rote Fahne fordert die Arbeiter, Soldaten und Bauern auf, unverzüglich zur Wahl eines „wirklich revolutionären Organs“ zu schreiten, das Beschlüsse darüber zu fassen habe, wann die proletarische Räterepublik ausgerufen werden und wann der Kampf um sie beginnen solle.

Freikorps in der Bildung.

Im Lande ist eine Bewegung im Gange zur Bildung von Freikorps, die den Kampf gegen die terroristische Minderheit der Räteregierung aufzunehmen beabsichtigen. Die Gegenaktion scheint von Nürnberg aus unter der Führung des bisherigen Ministerpräsidenten Hoffmann einzuleben. Hoffmann selbst und die bei ihm befindlichen Minister halten ihre Pläne streng geheim. Nur soviel verlautet, daß er über eine ausreichende Anzahl von Truppen verfüge.

Verschiedene Meldungen.

Gang. Infolge des Unsturzes in München ist an der hiesigen Börse die Mark auf 20½ Cents gesunken.

Bamberg. Der Vollzugsausschuß der Bayernräte Mittelfrankens hat sich gegen die Räteregierung ausgesprochen. Ebenso erheben die Abgeordneten aller bürgerlichen Parteien der drei städtischen Regierungsbezirke Einspruch gegen die Ausrufung der Räterepublik.

München. In der Bekanntmachung des hiesigen Generalkommandos über die Verhängung des verschärften Belagerungszustandes heißt es: „Wer tätlich gegen die Vertreter der Räterepublik vorgeht, wer plündert, raubt oder stiehlt, wird erschossen.“

Locales und Provinzielles.

Salver, den 10. April

1864 Komponist Eugen Dlabert geol. — 1909 — Englischer Dichter Swinburne gest.

□ Kommunalisierung und Städtetag. Zur Anbahnung an die Besprechung der Ernährungsfragen beschäftigte sich der Vorstand des Deutschen Städtetages mit dem kürzlich veröffentlichten Entwurf eines Rahmengesetzes über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben. Die Erweiterung der Selbstverwaltungsrechte der Gemeinden auf wirtschaftlichem Gebiet wurde namentlich insofern begrüßt, als eine Verbesserung der Rechtsgrundlagen für die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden erstrebt und den im geltenden Enteignungsrecht wurzelnden Übertreibungen die Spitze abgebrochen werden soll. Der Vorstand betrachtet es als seine Aufgabe, an den Vorarbeiten zu diesem überaus wichtigen Gesetz mitzuwirken. Mit der

„Höre nur, Rainer, Josta hat mit einem Male das Lachen wieder gelernt. Ich glaube wirklich, wir beide sind eine zu ernste Gesellschaft für sie. Die frohe, sonnige Jugend reißt sie schnell aus ihrer bedrückten Stimmung“, sagte sie.

Jedes dieser Worte war berechnet und ausgelegt. Es sollte harmlos klingen, und war doch so viel gesagt. Und es verfehlte seine Wirkung auf Rainer nicht. Er preßte die Lippen wie im Schmerz zusammen und sah Gerlinde an.

„Findest du, daß Josta in bedrückter Stimmung gewesen ist, Gerlinde?“ fragte er.

Mit Schmerzen hatte er selbst längst bemerkt, daß Josta stiller und stiller wurde. Aber er hatte es sich nicht eingestehen wollen. Nun Gerlinde seine geheimen Befürchtungen in Worte sagte, nahmen sie gleichsam ernste Gestalt an. Gräfin Gerlinde sah ihn an, wie von tiefem Mitleid erfüllt.

„Das mußt du doch selbst merken, Rainer. Du hast mir so oft erzählt, daß Josta solch ein lustiges, übermütiges Geschöpf gewesen ist. So kenne ich sie gar nicht. Solange sie in Bamberg ist, sehe ich sie immer ernst und still. Seltener sehe ich ein Lächeln in ihrem Gesicht. Dafür aber habe ich sie neulich im schmerzhaftesten Weinen überrascht, dessen Grund sie mir freilich nicht verraten wollte.“

Er wurde sehr bleich, und um seinen Mund grub sich tief der herbe Schmerzenszug.

„Sie hat geweint? Wann war das?“

„Vorige Woche — ich fand sie in Tränen an ihrem Schreibtisch.“

Er seufzte tief auf.

„Ich habe es mit Schmerzen gesehen, wie sehr sie sich verändert hat. Es macht mir Sorge“, sagte er gepreßt.

In ihren Augen flimmerte es böse. Hätte er das gesehen, es hätte ihn warnen müssen. „Aber, lieber Better, das darf dich doch nicht wundern! Wenn ein so junges Mädchen einen älteren, gefestigten Mann heiratet, so färbt das immer auf sie ab. Aber jetzt ist ja Henning da, du wirst sehen, wie schnell er sie mit seinem jugendlichen Frohsinn und Lebensmut aufheitert. Er wird ihr schon helfen, sich hier einzuleben. Jung und jung gehört nun einmal zusammen. Und uns wird Henning auch ein wenig aufmuntern.“

Sie konnte mit der Wirkung ihrer Worte zufrieden sein. Graf Rainer sah mit brennenden Augen

Ausarbeitung von Richtlinien wurde ein Ausschuss beauftragt.

Wir machen darauf aufmerksam, daß Fahrtausweise von heute ab wieder für sämtliche Bahnstrecken der Staatsbahn erforderlich sind.

Die Witterung ist frühlingsmächtiger geworden, wenn auch der Nordwestwind nicht gerade milde ist. Doch haben die Nachtfröste aufgehört, da das Thermometer in den letzten Nächten nicht unter den Nullpunkt gesunken ist. Tagsüber herrscht bei blauem Himmel das schönste Wetter und die Sonne entwickelt eine Kraft bereits, die wohligen Temperaturen schafft. Nunmehr gehts aber auch mit Wucht an die Garten- und Feldarbeit, die bisher brach liegen mußte.

Vaterländische Vieh- Versicherungs- Gesellschaft zu Dresden. Im abgelaufenen 31. Geschäftsjahr hat sich der Geschäftsumfang wieder erheblich vergrößert. Die Versicherungssumme stieg um M. 3 755 619 auf M. 21 647 768, die Prämien- und Nebenkosteneinnahmen von M. 770 623 auf M. 947 128. An Zinserträgen aus den Kapitalanlagen wurden M. 67 941, an Erlös aus verwerteten Vieh M. 84 962 vereinnahmt. Für Rückversicherung waren M. 109 415, für Schäden M. 668 703 aufzuwenden. Die Verwaltungskosten sind trotz der Geschäftssteigerung von 8,4 % auf 7,7 % der Gesamteinnahmen zurückgegangen. Die Reservefonds einschließlich der Prämienreserve stiegen von M. 1 310 247 auf M. 1 607 114, die Kapitalanlagen von M. 1 439 748 auf M. 1 732 111. Der Ueberschuß beträgt M. 41 742 und wird voll zur nachträglichen Erhöhung der Normalentschädigungsquote um 8 % verwendet. Die bisherige Versicherungssumme beträgt M. 253 096 236, die bisherige Entschädigungssumme einschließlich Vieherlös M. 9 209 280. Die Versicherung erfolgt zu festen Prämien ohne jede Nachschußpflicht der Mitglieder. Die Jahresüberschüsse fließen den Mitgliedern zu.

Die viertägige Gültigkeit der Rückfahrkarten ist am 1. April wieder eingeführt worden. Die Vorschrift, daß ein Vorverkauf von Fahrkarten nicht stattfindet und sämtliche Fahrkarten zum Reiseantritt nur am Lösungstage berechtigen, ist aufgehoben. Gleichzeitig wird vom genannten Tage ab der Verkauf von zur Rückfahrt gültigen Fahrkarten und von Doppelkarten wieder zugelassen.

Die neuen Briefmarken kommen in den Werten zu 10, 15 und 25 Pf. zur Ausgabe. Sie werden von der Reichsdruckerei unter Mitwirkung der Künstler in einfarbigem Buchdruck hergestellt und sind etwas größer als die jetzigen, 25 : 31 statt 22 : 26 mm. Für die Farben sind die Versuche noch nicht abgeschlossen. Es sind dies die ersten Gelegenheitsmarken der Reichspost.

§§ Schaftsmühle, 8. April. Im Gasthaus Huffer fand gestern eine gutbesuchte Generalversammlung des neugegründeten Vereins zum Schutz für Handel und Gewerbe im mittleren Volmetal statt. Zur Tagesordnung standen die Genehmigung der Satzungen durch die Versammlung. Wahl des Vorstandes und Verschiedenes. Herr M. Kettling eröffnete die Versammlung gegen 7/9 Uhr und dankte für das zahlreiche Erscheinen. Darauf erteilte er Herrn Rob. Huffer das Wort. Dieser wies auf den zu erwartenden Nutzen des Vereins für jeden Gewerbebezirk hin. Wir gründen eine Handwerkervereinigung im Sinne des Wortes. Jeder gebe seine Unterschrift damit der Verein als ein starkes Ganzes die Interessen des Einzelnen vertreten kann. Darauf wurde zur Tagesordnung geschritten. Für den Vorstand wurden verschiedene Herren vorgeschlagen und aus der engeren Wahl ging als erster Vorsitzender Rob. Huffer, als 2. W. Heedsfeld, als Schriftführer M. Kettling und als Kassierer A. Cordt hervor. Es galt dann noch Obmänner aus den einzelnen Berufsgruppen zu wählen. Aus der Wahl gingen hervor H. Schmalenbach, E. Hüfner, H. Güllemann, R. Nachrodt, H. Dresel, H. Gödersmann, A. Friemann jr. und H. Eichholz. Die Satzungen wurden nach Verlesen der einzelnen Paragraphen bis auf verschiedene Einzelheiten angenommen. Ueber die Fortschritte des Vereins und die zu leistende Arbeit wird später noch

auf Josta und Henning. Und in seinem Herzen klang es immer wieder: „Josta hat geweint“. Mit tiefem Schmerz sagte er sich:

„Sie ist unglücklich an deiner Seite.“

Unruhig lauflte er auf das frohe Plaudern und Lachen da vor ihm.

„Jung gehört zu jung“, dachte er immer wieder.

Eine Stunde später saß man auf der Nürnberger Terrasse beim See. Und auch hier erschien Josta wie umgewandelt. Sie scherzte und lachte mit Henning, redete ihn, forderte ihn schelmisch immer wieder auf, ordentlich zuzuhören, weil er auch ihr gegenüber sein schlechtes Aussehen mit schmalerer Kost im Manöver entschuldigt hatte. Sie war sichtlich froh, jemand zu haben, der sich mit ihr beschäftigte und dem gegenüber sie sich unbesorgen geben konnte. Gräfin Gerlinde konnte sich nicht enthalten, zu sagen:

„Ein Glück, daß du gekommen bist, Henning. Unser kleines Fräulein hing all die Zeit das Köpfchen, wie eine welke Blume. Heute ist sie endlich einmal vergügelt. Das ist aber kein Wunder. Du verstehst es, die Menschen aufzuheitern. Ich möchte auch davon profitieren. Wir wollen alle recht vergnügt sein, so lange du Urlaub hast. Vielleicht lernen wir es so gut, daß wir es dann auch in deiner Abwesenheit bleiben.“

Henning sah zu Josta hinüber. Sie wurde ein wenig rot und sah mit einem bangen, unruhigen Blick zu ihrem Gatten hinüber. Dieser lächelte ihr in dem gütig zu.

„Gerlinde hat recht. Wir sind hier alle ein wenig ernsthaft gewesen. Ich bin das gewohnt. Aber du, liebe Josta, hast vielleicht oft den lachenden Frohsinn vermisst. Henning mußte kommen, um uns das klar zu machen. Du hast also eine Aufgabe hier zu erfüllen, Henning — du sollst Josta das Lachen wieder lehren.“

Graf Henning atmete hastig und erregt.

„Hoffentlich läßt mich nun nicht gerade mein Frohsinn im Stich. Ich will mir jedenfalls Mühe geben, die ehrenvolle Aufgabe zu erfüllen.“

Josta strich sich verlegen einige lose Locken aus der Stirn.

„Was wollt ihr nur alle? Ich bin doch immer ganz vergnügt gewesen“, sagte sie befangen.

Gräfin Gerlinde legte ihren Arm um Jostas Schulter.

Fortsetzung folgt.

eingehend berichtet. Der Verein zählt schon jetzt stark 50 Mitglieder.

Warendorf, 9. April. Plötzlich Gehör und Sprache wiedererlangt hat der 24jährige Musketier Theodor Himmel aus Miltz, der sich seit über einem Jahre im hiesigen Reservelazarett befand. Am 22. März 1918 war er in der großen Angriffsschlacht bei Arras durch eine Granate verschüttet worden und hatte dabei Gehör und Sprache verloren. Seitdem hat er hier manche Krankheit gehabt; er war von der Grippe jetzt kaum wieder hergestellt. Vorgestern morgen nun konnte er, vermutlich unter dem Einfluß eines in der Nacht gehaltenen Traumes, wieder reden und hören.

Minden, 8. April. Einer der ältesten preußischen Staatsbeamten, wenn nicht der älteste, ist jetzt in den Ruhestand getreten. Es ist der Leiter des Katasterwesens an der hiesigen Regierung, Steuererrat Reithberg, der bei einem Alter von 91 Jahren über 54 Jahre im preußischen Staatsdienste gestanden hat.

Düsseldorf, 7. April. Der Verband der rheinisch-westfälischen Presse hielt hier seine Hauptversammlung ab, die sich mit Berufsfragen und mit Angelegenheiten wirtschaftlicher Art beschäftigte, die für seine Mitglieder von Wichtigkeit sind. Es wurde ein Antrag angenommen, der die reichsgesetzliche Regelung der Sonntagsruhe im Zeitungsgewerbe unter Wegfall der Montagsmorgensblätter fordert. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt.

Nach und Fern.

o Schnellzugsverbindung Paris-Röln. Der seit Anfang April im Auftrage der verbündeten Regierungen zwischen Röln und Paris täglich verkehrende Schnellzug darf auch von deutschen Staatsangehörigen benutzt werden, soweit sie die erforderlichen Papiere und Pässe besitzen. Die Züge führen drei Klassen, Schlaf- und Speisewagen.

o Durch Mine untergegangen. Der Fischdampfer „Amalie“ aus Geestmünde lief in einer der letzten Nächte auf eine Mine und war in kaum zwei Minuten verschwunden.

o Frauen an der Börse. Die Deutsche Demokratische Partei in Hamburg hat auf Vorschlag ihrer Frauengruppe einen Antrag an die Handelskammer und den Senat gerichtet, daß den Frauen Hamburgs im selben Maße wie den Männern der Besuch der offiziellen Börse gestattet werde.

o Ausbruch eines Vulkans. Nach Blättermeldungen aus Rio de Janeiro fand bei Balmira ein vulkanischer Ausbruch statt. Es öffnete sich in einer Gegend, wo bisher keine Vulkanausbrüche stattgefunden hatten, ein Krater von zwei Kilometer Durchmesser. Eine Anzahl Personen ist umgekommen.

o Ein neues Ferngespräch. Nach einer Meldung aus New York hat der amerikanische Röntgenprofessor vom Goddard Clark College ein neues Geschütz konstruiert, das 300 Kilometer weit schießen soll.

o Nur eine halbe Vollernte für 1919 ist zu erwarten, selbst bei günstiger Witterung. Es haben während des Winters zu lange Zeit die Werke, die künstliche Düngemittel erzeugen oder die zur Düngung sich eignende Stoffe als Nebenprodukt abgeben, stillgelegen. Die Verkehrsschwierigkeiten, insbesondere die lange dauernde Eisenbahnsperrung in Mitteldeutschland, haben die ausreichende Versorgung des Ostens mit künstlichen Düngern verhindert. Die Bahnen stellen jetzt Sonderzüge, die den Osten noch mit dem notwendigen Mengen an Düngemitteln versorgen sollen. Für den Nachmann unterliegt es jedoch keinem Zweifel, daß diese Sendungen für dieses Erntejahr zu spät kommen.

Die Neutralen sollen zahlen!

Ein verblüffender Einfall.
Eine sonderbare Idee ist in Frankreich aufgetaucht, hervorgerufen durch die Erkenntnis, daß Deutschland alle die Forderungen der Ententemächte unmöglich zahlen kann, ja daß selbst einigermassen denkbare Leistungen nur von einem gesunden, nicht einem ausgeraubten Deutschland aufgebracht werden können. Ein früherer leitender Abgeordneter, Daniel Blumenthal, ist es, der mit einem Vorschlag hervortritt, welcher die ganze Sache durch die überlebende Eier der Verbündeten geschaffene Lage blühtig beleuchtet.

Blumenthal schreibt im Pariser „Journal“, daß man die Neutralen zur Zahlung von Kriegskosten heranziehen solle! Holland und Dänemark z. B. haben im Kriege so glänzende Geschäfte gemacht, daß sie recht gut eine Schröpfung ertragen können. Dasselbe gelte von Schweden und Norwegen. Teils hat die Schifffahrt dieser Länder gewaltige Verdienste eingeheimt, teils haben sie für ihre Rohstoffe und Waren hohe Preise erzielt. Spanien habe als Deutschlands Bankier für Übersee mächtig verdient. Opfer haben sie nicht gebracht, die Deutschen haben zwar einige ihrer Dampfer verloren, aber dafür längst Entschädigungen gezahlt. Höchstens von der Schweiz könne man sagen, daß ihre militärische Ausrüstung dem Lande große Kosten gemacht habe; aber auch die Schweiz habe gute Geschäfte gemacht, der Schweizer Bank gelte zurzeit um ein Drittel mehr als der französischen. Millionen über Millionen habe die ganze Front der Neutralen eingebracht, und diese Länder können deshalb der Zukunft mit großer Ruhe entgegensehen.

Interessant ist, wie die Zahlungspflicht der Neutralen näher begründet wird. Die Neutralen hätten die Alliierten als ihre Protektoren anzusehen. In jedem Kulturstaat werden die Kosten der Ordnung und Verwaltung von allen Bürgern bestritten. Sagen wir: es wird irgendwo ein Dieb gefaßt und verurteilt, so zahlen die Kosten für die Polizei und das Gericht nicht bloß der Bestohlene, sondern auch alle anderen, die Unbeteiligten, die Neutralen. Jetzt, wo ein Völkerbund, eine Art Überstaat, begründet werden soll, müßten auch die vor Schäden Bewahrten etwas für die internationale Zukunftspolizei beitragen, das sei ganz klar.

Diese bestrickende Logik wird vielleicht in Frankreich, wo man ja von jeher sehr geistreich veranlagt ist, bald begeisterte Anhänger finden. Es fragt sich nur, was die Neutralen dazu für Gesichter machen werden. Wer zahlen soll, pflegt gewöhnlich die Sache etwas anders aufzufassen, als wer das Geld beansprucht. Während des Krieges haben die Alliierten alles getan, um den freien Handel zu unterbinden; daß sie jetzt die Erträge des Handels der Neutralen noch scharf besteuern wollen, wird von diesen als eine Bestrafung dafür aufgefaßt werden müssen, daß der Handel trotzdem stattgefunden hat. Jedenfalls hat die Entente jetzt das Best in der Hand, und die Neutralen haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie durch ihre Untermüßigkeit es dahin gebracht haben, daß Deutschland nicht mehr in der Lage ist, sie zu schützen. K. M.

Ameronger Allerlei.

Augenblicksbilder eines britischen Berichterstatters.
Immer wieder erscheinen in der feindlichen und neutralen Presse Berichte über das Leben Wilhelm II. im Schloss Amerongen, die gern gedruckt und gern gelesen werden. Natürlich kann niemand die Wahrheit der Berichte nachprüfen, weshalb man sie nur mit Vorsicht entgegennehmen kann. Dies gilt auch für nachstehende Schilderung des Vertreters des „Londoner Daily Chronicle“:

Das Gefolge des Kaisers, das bei seiner Ankunft in Holland sich noch auf über sechzig Personen belaufen hatte, ist heute sehr zusammengeschmolzen und besteht nur noch aus drei Personen: dem Arzt und einem General als Adjutanten, während die Kaiserin nur eine einzige Dame zu ihrer Verfügung hat. Der Kaiser geht nur selten aus, um kurze Wanderungen rund um den inneren Schlossgraben zu unternehmen. „Die Nachricht, daß er zusammengebrochen und alt sei, kann ich“ — so sagt der Pressemann — „als völlig unrichtig bezeichnen. Sieht man ihn gehen, so trägt er das Haupt erhoben, sein Körper ist geschmeidig und hat seine alte nervöse Energie bewahrt. Die Augen haben noch ihren Glanz, die Lippen ihre Festigkeit, die Stimme ihren Klang. Sein ergrautes Haar und der Bart, den er sich hat wachsen lassen, machen ihn freilich um zehn Jahre älter.“ Dagegen meint der Londoner Berichterstatter, daß der Kaiser seine frühere Unnahbarkeit abgelegt habe. Obgleich er immer munter ist, ist sein Wesen gedämpfter, sein Geist milder und nachdenklicher geworden.

Der Kaiser steht zwischen 7½ und 9 Uhr auf. Vergnügen macht ihm die Wahl der Platten zur Morgenandacht. Er sagt oft, daß ihm seine Verbannung erleichtert wird durch den religiösen Geist, der im Schlosse herrscht. Nach der Andacht macht er eine halbstündige Wanderung um den Schlossgraben und zieht sich dann in seine Gemächer zurück bis zu der am Abend stattfindenden Hauptmahlzeit. Leiden und Sorgen haben Kaiser und Kaiserin in ein Verhältnis enger Vertraulichkeit zueinander gebracht. Fast immer sind sie beisammen. Die Kaiserin ist in ihrer Fürsorge für den Kaiser ebenso hingebend, wie er in ihrer Pflege bei ihren häufigen Herzbeschwerden. Sie leben ganz miteinander wie ein Bürgerpaar, sitzen am Tage in denselben Zimmern und teilen wechselseitig miteinander all die kleinen täglichen gemütlichen Worte, die zum Glück des Bürgerstandes gehören. Die Kaiserin sitzt auf der einen Seite des Kamins mit ihrer Handarbeit, während der Kaiser auf der anderen Seite ihr aus einem Buche vorliest, das er aus Deutschland oder England erhalten hat.

Nach dem Frühstück macht sich der Kaiser die Bewegung, die so merkwürdig und für seinen Aufenthalt in Amerongen so eigenartig ist: er läßt sich schwer verstehen, welches Vergnügen er daran findet und wie ein Mann von so nervöser Beweglichkeit diese Gleichförmigkeit ertragen kann. Er wandert nämlich 1½ Stunden rund um die Galerie, von der er in die Halle des Schlosses hinabsteigen kann. Die Galerie ist dunkel und ziemlich trübsal. Der weißhaarige Kaiser, in preußischer Uniform gekleidet, geht schnell und in der Regel stumm. Jeden Nachmittag hört er, was ihm sein Adjutant zu berichten hat. Dieser junge Kapitän, dessen offenes und munteres Wesen vom Kaiser in hohem Grade geschätzt wird, opfert seiner Ergebenheit für den entthronten Herrscher seine eigene Jugend. Nach der Wanderung um die Galerie kehrt der Kaiser wieder zu seiner Gattin zurück und bleibt dann mit ihr zusammen bis zum Mittagssnack; zuweilen schläft er zuweilen schreibt er, im allgemeinen jedoch wird dieser Teil des Tages mit Lesen und Unterhaltung ausgefüllt.

Der Kaiser hat keine Rechtfertigung seiner Politik abgefaßt und gedenkt das auch nicht zu tun. Nur sehr wenige wissen, woran er eigentlich schreibt, und es ist höchst unwahrscheinlich, daß seine Niederschrift vor seinem Tode ans Licht kommen wird. Vielleicht ist es eine Art Selbstbiographie. Aus Deutschland empfangt er Tausende von Briefen, aber er beantwortet keinen davon. Sein Wunsch ist, sich sobald wie möglich in eine deutsche Landstadt zurückziehen zu dürfen.

Wenn der Gesundheitszustand der Kaiserin es zuläßt, so nehmen Kaiser und Kaiserin das Mittagssnack zusammen mit der Familie Bentinck ein und wenn die Kaiserin nicht gerade demnützig krank, aber doch auch nicht wohl genug ist, um bei Tische zu erscheinen, so kommt der Kaiser allein. Der Verkehr mit den Kindern des Grafen Gobard macht ihm offensichtlich Freude. Er ist freundlich, munter und zuweilen scherzhaft. Er erscheint bei Tische in Uniform und bildet immer den Mittelpunkt der Gesellschaft. Er ist lebenswürdig und lächelnd, nie verdrießlich oder mürrisch, aber er ist nicht mehr zu der Art von Spaß aufgelegt, den er in seinen guten Tagen liebte. Stehen die Damen sich zurück, so raucht der Kaiser noch eine Zigarre mit seinem Wirt, wobei er sich freimütig und unangekündigt mit ihm unterhält.

Telegramme und Drahtnachrichten

Die Lage in den Krupp-Werken.

Essen, 9. April. Die Krupp'schen Werke sind heute nacht von Regierungstruppen besetzt worden. Als heute zur Frühlingszeit Tausende von Arbeitern auf der Fabrik erschienen fanden sie im allgemeinen ungehindert Zugang. Die Streikposten waren verschwunden. Die Kesselhäuser und das Elektrizitätswerk, in denen die Streikenden Beschädigungen verübt haben, sind von berittenen Truppenabteilungen besetzt worden. Die Arbeiten zur Instandsetzung dieser Anlagen sind in Angriff genommen. Die Wiederaufnahme der Arbeiten ist ohne Zwischenfälle vor sich gegangen. Nur an einer Stelle griffen die Truppen ein, um mit Handgranaten und Gewehrfeuer Gruppen von Streikenden, die eine drohende Haltung einnahmen auseinander zu treiben. An den Zugängen zur Krupp'schen Fabrik stehen Geschütze u. Maschinengewehre. Heute in der Frühlingsnacht durften zwei Drittel der Krupp'schen Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen haben. Der Streik darf als verloren für die Spartakisten und Unabhängigen betrachtet werden.

Ein letzter Warnungsruf.

Bochum, 9. April. Die Gewerkschaft „Auguste Viktoria“ in Hüls bei Recklinghausen erläßt einen Aufruf an die Beamten und Bergleute, worin es heißt: „Auf der Zeche „Auguste Viktoria“ sind heute von der Streikleitung die Notstandsarbeiten zur Gewinnung der Kohle zur Aufrechterhaltung des Betriebes verweigert worden. Die Zeche muß aus Mangel an Dampf für die Pumpe in wenigen Tagen zum Erliegen kommen. Unsere Arbeiter werden arbeitslos, ihre Familien bleiben ohne Versorgung. Zur Wiederinbetriebnahme wären

unter den heutigen Verhältnissen Jahre erforderlich, wenn für eine solche Geldmittel überhaupt aufgebracht werden können.

Übermaliger Umsturz in München angekündigt.
München. Ein neuer Umsturz scheint sich vorzubereiten. Die Kommunisten haben einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, in dem sie ankündigen, sie würden mit allen Mitteln eine rein kommunistische Rätereierung anstreben.

Antisemitismus und Gegenrevolutionäre.
München. Der Zentralrat erläßt eine Bekanntmachung, nach der alle Personen, die antisemitische oder gegenrevolutionäre Propaganda treiben, sofort festgenommen und vor ein Revolutionsgericht gestellt werden sollen.

Zusammentritt des bayerischen Landtags.
München. Wie aus Bamberg gemeldet wird, wurde der bayerische Landtag Dienstagabend eröffnet.

Anerkennung der bisherigen Regierung Bayerns.
Stuttgart. Eine von dem württembergischen Staatspräsidenten Bloß, dem badischen Ministerpräsidenten Geß und dem bayerischen Ministerpräsidenten Ulrich veröffentlichte Erklärung besagt: Die Regierungen von Württemberg, Baden und Hessen haben das Ministerium Hoffmann nach wie vor als die alleinige rechtmäßige Regierung des Volksstaates Bayern an.

Benin Gruf an Bayern.
Rotterdam. Benin hat dem ungarischen Volksbeauftragten Bela Kun ein Telegramm geschickt mit der Bitte, die bayerische Rätereipublik zu begründen und ihn über die Bewegung in Bayern genau zu unterrichten.

Stundung der Schweizerischen Forderungen an Deutschland.
Bern. Infolge des Widerstandes der Entente gegen die Flüßigmachung deutscher Zahlungsmittel zur Begleichung der Schweizerischen Forderungen hat die Schweiz Deutschland den Kredit im Betrage von 18 Millionen Frank für weitere drei Monate verlängert.

Der Kanus gegen die Bolschewisten.
Bern. „Deure“ meldet aus guter Quelle, daß Obeßa geräumt wurde. „Débats“ bringt ein Telegramm aus Omsk, wonach sibirische Truppen das Dorf Voudrann in der Nähe des strategisch hochwichtigen Bahnhoofs Tschischim eingenommen haben. Die Offensiv der sibirischen Armee hatte die Gefangennahme von 6000 Mann und die Erbeutung zahlreichen Kriegsmaterials zur Folge. In Ufa wurden den Bolschewiki 14 große Dampfer und 82 Pinassen abgenommen.

Enttäuschung in Paris über Danzig.
Genf. Das Ergebnis der Unterhandlungen in Spaa über die politischen Truppenlandungen in Danzig wird von der Pariser Presse mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Die „Victoire“ faßt den Eindruck dahin zusammen, daß Frankreich Ursache habe, in formeller Hinsicht befriedigt zu sein, doch habe Deutschland der Sache nach seine Forderungen durchgesetzt.

Deutsche in Barcelona verhaftet.
Genf. Nach einer Meldung aus Madrid sind in Barcelona 117 Deutsche, einschließlich des dortigen deutschen Konsuls, verhaftet worden. Die Verhaftung erfolgte in dem Augenblick, als die Deutschen auf dem Konsulat Geld in Empfang nahmen, das angeblich zur Anstiftung einer sozialistischen Bewegung dienen sollte.

Japanisch-chinesische Auseinandersetzung.
Paris. Nach einer ausführlichen Darlegung der politischen und historischen Gründe für die Rechtmäßigkeit der Ansprüche erklärt die chinesische Regierung in einem Telegramm an ihre Friedensdelegation, daß China jetzt die Abschaffung oder Veränderung aller mit Japan im Jahre 1915 abgeschlossenen Verträgen und Verträge verlange, weil ihr Inhalt unvereinbar sei mit den Grundätzen, auf denen der Völkerbund sich aufbaue.

Der Aufstand in Ägypten.
Kairo. Nach einer amtlichen Savasmeldung wurde in der Gegend von Sini die Ordnung durch sechzehn unter dem Befehl des Generals Rudolffone vorgehende mobile Kolonnen wiederhergestellt.

Bekanntmachung.

Einschränkung des Verbrauches elektr. Arbeit.

Durch den Ausfall fast jeglicher Kohlenzufuhr infolge des Bergarbeiterausstandes im Ruhrrevier sind die Kohlenbestände unserer Kraftwerke derart stark zurückgegangen, daß für die Kraftbetriebe der Großabnehmer der Verbrauch elektrischer Arbeit zu Fabrikationszwecken auf die Hälfte eingeschränkt werden muß.

xx nach Möglichkeit Beleuchtung sowie die im allgemeinen und öffentlichen Interesse arbeitenden Betriebe der Nahrungsmittel- und Wasserversorgung, ferner Handwerk und Landwirtschaft, sicherzustellen.

Der Verbrauch elektrischer Arbeit zu Fabrikationszwecken wird aus diesem Grunde vom 12. d. Mts. ab bis auf weiteres

nur für 4stündige Arbeitszeit freigegeben

und wird derselbe gesperrt:

an Werktagen von mittags 12 Uhr bis abends 6 Uhr, an Sonntagen, ferner Karfreitag, Karfreitag, sowie an den beiden Osterfeiertagen für den ganzen Tag.

Die näheren Einzelheiten werden den Großabnehmern durch Rundschreiben noch besonders mitgeteilt.

Sagen i. B., den 9. April 1919.

Kommunales Elektrizitätswerk „Mark“
Aktien-Gesellschaft.

Lenne Elektrizitäts- & Industriewerke,
Aktien-Gesellschaft.

J. Overmann.

Reform der Fernsprechergebühren.

Bausch- oder Gesprächsgebühr?

Eine durch die Presse gegangene Nachricht, in Zukunft sollen die Gebühren für den Fernsprechanruf derart berechnet werden, daß jedes Gespräch 5 Pfennig koste, wurde von amtlicher Stelle als unrichtig bezeichnet. Dagegen wurde die Absicht einer Reform der Gebühren, also eine Erhöhung, nicht bestritten. Ob schließlich nun doch eine Gesprächsgebühr an die Stelle der Zahlung in Bausch und Bogen treten wird, bleibt einstweilen unklar. Der Plan einer derartigen Änderung der Fernsprechergebühren-Ordnung ist alt, ein Jahrzehnt und darüber, und wenn der Weltkrieg nicht dazwischen gekommen wäre, hätten wir die Änderung wahrscheinlich bereits erhalten — zwei Gründe sprechen, wenigstens in den Augen der Verwaltung, dringend dafür. Die Gesprächsgebühr ist gerechter als die Bauschgebühr, da sie sich nach der Leistung richtet, die der Teilnehmer von der Verwaltung beansprucht. Außerdem ist anzunehmen, daß wenn die für einen Anruf zu entrichtende Gebühr sich nach der Zahl der geführtten Gespräche richtet, gar manches überflüssige Gespräch unterbleibt und dadurch eine Entlastung des Betriebes eintritt, die von der Verwaltung für unbedingt notwendig gehalten wird. Es nimmt sich sonderbar aus, wenn eine dem Verkehr dienende Einrichtung sich über zu großen Zulauf beklagt. Die Fernsprecher-Verwaltung meint aber, daß in großen Städten die Ausdehnung des Fernsprechnetzes nicht ins Ungeheure wachsen könne und dem Betriebe gewisse Grenzen gezogen seien. Das ist schon früher sachmännisch dargelegt worden, und die Erfahrungen der Kriegsjahre und der Inflationszeit haben die Verwaltung in dieser Auffassung sicher noch befestigt.

Eine besondere Gesprächsgebühr hat es seit Beginn unseres Fernsprechewesens stets für Ferngespräche im weiteren Sinne gegeben. Dagegen fielen sogenannte Stadtgespräche, es sei denn, daß man von einer öffentlichen Fernsprechstelle aus sprach, unter die Bauschgebühr, die man für den Besitz eines Fernsprechanchlusses zu entrichten hatte. Diese Gebühr betrug jahrelang 150 Mark jährlich; ganz gleich, ob der Anruf sehr oft oder sehr selten gebraucht wurde. Der Staatssekretär v. Stephan schwärmte für Einheitsätze und war für alle unregelmäßig, die Anschlußgebühren abzustufen, unzugänglich. Das änderte sich unter seinem Nachfolger, dem Staatssekretär v. Bobbelski. Jetzt wurde die Bauschgebühr nach der Größe des Fernsprechnetzes bemessen, an das der Teilnehmer angeschlossen war. Dadurch kamen das platte Land und die kleineren Städte zu erheblich niedrigeren Fernsprechergebühren. Außerdem wurden neben den Anschlüssen gegen Bauschgebühr, die für die großen Netze erhöht wurde, Anschlüsse gegen Grundgebühr und Ge-

sprächsgebühr (einen solchen Anschluß kriegte man etwas wegwerfend „Sechstelephon“ zu nennen, weil das Gespräch fünf Pfennige kostete) eingeführt. Die so gestaltete Fernsprechergebühren-Ordnung besteht im großen und ganzen heute noch, nachdem langwierige Versuche zu ihrer Änderung, die einige Jahre vor dem Kriege unternommen wurden, gescheitert sind.

Schon diese Versuche zielten darauf ab, an die Stelle der Bauschgebühr durchweg Grundgebühr und Gesprächsgebühr zu setzen. Bestimmend dafür waren die beiden, vorhin schon erwähnten Gründe. In großen Städten gibt es, beispielsweise in Kaffeehäusern und Warenhäusern, Fernsprechanchlüsse, von denen aus tagsüber Hunderte von Gesprächen, in Berlin bis zu achthundert, geführt werden. Die Bauschgebühr für den Anschluß mit achthundert Gesprächen täglich ist aber nicht höher als die für einen Anschluß mit acht Gesprächen täglich. Diese Unterschiede in Leistung und Gegenleistung fordern zu einer Änderung der Gebührenordnung geradezu heraus. Bevor man aber gesetzliche Vorschläge dazu machen konnte, mußte die Herstellung eines zuverlässigen Gesprächszählers gelöst sein. Als es endlich so weit war, ging dem Reichstage, es war unter dem Nachfolger Bobbelski, dem Staatssekretär Kraetke, eine Vorlage über eine neue Fernsprechergebühren-Ordnung zu. Die Verhandlungen darüber, bei denen sich namentlich der Abgeordnete Naden vom Zentrum hervortat, haben Jahr und Tag gewährt, ohne daß es zu einer Verständigung zwischen Regierung und Volksvertretung gekommen wäre. Schließlich zog die Regierung die Vorlage zurück und Staatssekretär Kraetke tat das Gefährliche, solange er noch an dieser Stelle stand, von einer Neuordnung der Fernsprechergebühren abzurufen. Dann kam der Krieg, in dessen Verlaufe Herr Kraetke durch Herrn Müllin ersetzt wurde. An dessen Stelle ist vor kurzem der unternehmungs- und neuerungslustige Herr Giesberts getreten. Wenn er auch auf eine Änderung der Fernsprechergebühren, und zwar in dem erörterten Sinne bedacht ist, so liegt das sehr nahe. Aber die Lösung der Aufgabe wird, nach den früheren Versuchen zu urteilen, viel Arbeit machen, denn die Einsprüche und Gegenwortschläge der Tausende und aber Tausende von Beteiligten werden unabsehbar sein.

Welt- und Volkswirtschaft.

Neue Gefahren für den Markkurs.

Alle Maßnahmen, die auf eine Senkung des Reichsmarkts hinstielen, werden gegenwärtig wirkungslos durch die Ein- und Ausfuhrverhältnisse im besetzten linksrheinischen Gebiet. Dort ist uns zurzeit jede Kontrolle der Ein- und Ausfuhr genommen. Es ist eine Tatsache, daß sowohl die Franzosen als auch die Engländer die Einfuhr nach dem linksrheinischen Gebiet zu fördern

suchen, und das aber nicht mit Fabrikaten, die zum Teil direkt überflüssig, mindestens aber weit weniger wichtig sind als die für die Aufrechterhaltung unserer Ernährung unbedingt notwendigen Lebensmittel. Durch diese Überflutung mit Einfuhrware — es sind Pariser Luxusartikel darunter — gehen hohe Marktbeträge ins Ausland. Diese Marktbeträge gelangen an den ausländischen Börsenplätzen zum Verkauf und bewirken einen Kursdruck für die deutsche Mark. Die notwendige Folge dieses Sinkens unserer Valuta im Ausland ist aber eine weitere Verteuerung derjenigen Lebensmittel, die wir dringend einführen müssen. Es muß unbedingt darauf gedrungen werden, daß die deutschen Gesetze über Ein- und Ausfuhr im besetzten Gebiete wieder maßgebend werden. Nur dann kann dem weiteren Sinken der Markts vorgebeugt werden.

* Die Tabakernte in Baden. Nach einer amtlichen Schätzung wurden in Baden im Jahre 1918 insgesamt 150 000 Zentner Tabak geerntet. Im Durchschnitt wurden dem Tabakpflanzer 150—160 Mark, im Schleichhandel aber 500 Mark und noch mehr bezahlt. Nach dem ersten Satz würden den badischen Tabakpflanzern etwa 15 bis 20 Millionen für ihr Produkt gezahlt worden sein. Berechnet man aber die gesamte badische Tabakernte nach den Preisen, wie die Tabakfabrikate in die Verbraucherhände kommen, so ergibt sich eine Summe von mindestens 200 Millionen Mark.

* Beschlagnahme aus Belgien und Frankreich stammender Maschinen. Auf Grund einer Verordnung der Reichsregierung sind sämtliche Maschinen industrieller und landwirtschaftlicher Art, ebenso Maschinenteile usw. und verwandte Gegenstände, die aus dem besetzten Gebiet Frankreichs oder Belgiens fortgenommen wurden, beschlagnahmt. Wer am 1. Januar 1919 solche Gegenstände besaß, noch besitzt oder zu irgendeiner Zeit besaß, ist verpflichtet, hiervon bis zum 20. April Anzeige an die Reichsschatzungs-kommission, Maschinenabteilung, Berlin W 10, Viktoriastraße 34, zu machen. Schon geschehene Anzeigen brauchen nicht wiederholt zu werden.

* Marmelade noch für drei Monate. Zur Frage der Marmeladeverteilung erfährt man von zuständigen Stellen: Es ist vielfach angenommen worden, daß die Zuteilung von Marmelade bereits in aller nächster Zeit aufhören wird. Dies ist nicht der Fall. Den Marmelade-fabriken ist noch für drei Monate Zucker überwiesen worden, es kann also noch bis in den Juni hinein, bei Streckung der Vorräte noch länger, Marmelade verteilt werden.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver.

Amt Kierspe.

Ware Nr. 4 des Lebensmittel-Anzeiges.

Abgabe erfolgt in der Zeit vom 15. bis 17. April d. J. auf gelbe Warenmarke Nr. 52 in folgenden Verkaufsstellen:

Lebensmittelanzei-Nr.	Verkaufsstellen.
1—100	Richard Plate Kierspe.
101—300	Fritz Clever, Kierspe
401—550	E. Bauckloh Kierspe-Bhf.
551—670	Alb. Balzer Kierspe-Bhf.
671—850	Conjum-Verein Kierspe-Bhf.
2001—2200	Fr. Bormann, Königsf.

Die übrigen Lebensmittelkarten-Inhaber erhalten ihre Ware in den bekannten Geschäften.

Kierspe, den 8. April 1919.

Der Amtmann: Hiltbrandt.

Amt Kierspe.

Ware Nr. 5 des Lebensmittel-Anzeiges.

Abgabe erfolgt in der Zeit vom 15. bis 17. April d. J. auf gelbe Warenmarke Nr. 51 in folgenden Verkaufsstellen:

Lebensmittelanzei-Nr.	Verkaufsstellen.
1—100	Aug. Schmidt Kierspe.
101—300	E. Boos, Kierspe
401—550	E. Becker Kierspe-Bhf.
551—670	E. Bössler Kierspe-Bhf.
671—850	Wilh. Cure Windfuh.
2001—2200	Aug. Benninghaus Königsf.

Die übrigen Lebensmittelkarten-Inhaber erhalten ihre Waren in den bekannten Geschäften.

Kierspe, den 8. April 1919.

Der Amtmann: Hiltbrandt.

Amt Kierspe.

Ware Nr. 6 des Lebensmittel-Anzeiges.

Abgabe erfolgt in der Zeit vom 15. bis 17. April auf gelbe Warenmarke Nr. 50

grüne „ „ 47

rote „ „ 15 in folgenden Verkaufsstellen:

Lebensmittelanzei-Nr.	Verkaufsstelle.
1—120	M. Marlus, Kierspe.
121—300	Alb. Bollmann Kierspe
401—550	Alb. Balzer Kierspe-Bhf.
551—680	Aug. Bollmerhaus
681—900	Kob. Fernholz Kierspe-Bhf.
2001—2201	Aug. Benninghaus Königsf.

Die übrigen Lebensmittelkarten-Inhaber erhalten ihre Ware in den bekannten Geschäften.

Kierspe, den 8. April 1919.

Der Amtmann: Hiltbrandt.

Bertilgung des kleinen Hustlatts.

Hierdurch bringe ich die Vorschriften der Regierungs-polizeiverordnung vom 20. April 1882 (Amtsbl. S. 457) in Erinnerung die wörtlich lauten:

§ 65. Die Eigentümer, Pächter oder Pächter an Wiesen und Heidegrundstücken, Viehweiden und Bege-büsungen, sowie die Anlieger an Flußläufen sind ver-pflichtet, beide Arten des Hustlatts, Tufflage polastis, und Tufflage saftara auf den vorbezeichneten Grundstücken, Ufern und den in Flußläufen befindlichen Kiesbänken mit den Blütenstängeln vor der Samenreife abzuschneiden u. durch Verbrennen zu vernichten.

Der Zeitpunkt bis zu dem der kleine Hustlatt abge-schnitten und vernichtet sein muß setze ich auf den 20. April fest.

Altena, den 7. April 1919.

Der Sandrat: Thönies.

Wilh. Himmeln, Halver.

Installationsgeschäft

für Elektro-Technik und Maschinenbau.

Telephon Nr. 168.

Den geehrten Bewohnern von Königsf. und Umgegend zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich demnächst in Königsf. eine

Zweigniederlage

errichten werde und halte mich bei Neuanlagen von elektr. Licht- und Kraftanlagen

jeden Umfangs bestens empfohlen. Unterhalte ständig großes Lager in Be-leuchtungskörper und allen einschlägigen Artikeln. Lieferung erstklassiger Motore und Maschinen. Konzessioniert beim Elektrizitätswerk Mark, Hagen.

Den geehrten Bewohnern von Königsf. u. Umgegend teile ich hierdurch mit, daß mir von dem Kommunalen Elektrizitätswerk „Mark“ in Hagen, auf Grund meiner Befehlsmittlung von der Königl.-Verordneten-Maschinenbau-Schule in Köln, die

Konzession zur Ausführung elektrischer Anlagen

zum Anschluß an das Leitungsnetz

am 26. 3. erteilt wurde und halte mich für die Installationen der Licht- u. Kraftanlagen

bestens empfohlen.

Wilh. Bever,

Klempnerei u. Installation.

Saaterbjen und Saatbohnen.

Für die Bewohner des Amtes Lüdenscheid werden abgegeben in der Verteilungsstelle des Kaufmanns Albert Wöhe, Brügge. Die Abgabe erfolgt nur gegen Saat-karte. Mengen unter 125 Gramm sind saatkartenfrei.

Lüdenscheid, den 5. April 1919.

Der Amtmann.

Schreibpapier in Mappen u. Kasetten

Opferkarten

Kunstkarten

in großer Auswahl

Wilh. Bell jr. Halver.

Jüngeres Mädchen

nicht über 16 Jahre, das kinderlieb ist, gesucht.

Nachfragen i. d. Geschäftsst. d. Allg. Anz. Halver.

Gebrauchte, guterhaltene Kinderbettstelle

ist zu verkaufen.

Wo sagt die Geschäftsstelle des „Schalksm. Gen.-Anz.“

Schalksmühle Bahnhofstr. 22.

Geld gegen monatliche Rückzahlg. verleiht

R. Calderarow, Hamburg 5.

Gute Aufnehmer

kaufen Sie bei

Fritz Herm. Bohmer

Schalksmühle.

Frachtbrieft

Eilfrachtbrieft

Vorschriftsmäßige

Anhänger

für Frachtgut und Eilgut

hat stets auf Lager

Wilh. Bell jr., Halver.

200 Mk. Belohnung

sichere rechtlich demjenigen zu, der mir die Wildbiene namhaft machen kann, welche in meinen Jagdbezirk (insonderheit in dem Gebiet zwischen Stenkenberg — Gelsenberger Schleifkotten — Eickerdh) fortgesetzt wildern. Auch für zweckdienliche Mitteilungen, welche zur Ergreifung der Täter und Schlingensteller führen, sichere ich obige Belohnung zu.

Carl Gnuener.

Fabrikant in Rähwinkelbrücke

Melke oder bald melkwerdende

Biege

zu kaufen gesucht.

Gest. Angebote an die Geschäftsstelle des „Allg. Anz.“

Halver.

Erstklassige, tragende Sauen

Zuchteber

sowie

Läuferfische

wegen Futtermangel zu verkaufen.

Gut Jsenburg, b. Kierspe.

Telephon Nr. 50

Amt Meinerzhagen.

Donnerstag, 10. 4.

Freitag und solange

Vorrat reicht, große

Auswahl in Schweine

zu verkaufen.

Carl Verfuß, Marienheide.

Fernsprecher: Amt Königsf. 102.